



## Die neue Chance der SPD Zu den Ergebnissen des Dresdner Parteitages

**Zu diesem vom Parteivorsitzenden Siegmар Gabriel beschworenen Neuanfang der SPD hat die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD wichtige inhaltliche Beiträge geleistet.**

Jetzt müssen unverzüglich dort, wo die SPD die größten Verluste erlitten hat, strategische Schritte eingeleitet werden, um wieder Vertrauen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufzubauen.

**1. Die AfA fordert deshalb, dass die SPD ihrer Verantwortung als politische Kraft,** sei es in Regierungsverantwortung, sei es in der Opposition, wirksamer gerecht werden muss. Dabei muss sie sich ihrer geschichtlichen Identität als Partei der Arbeiterbewegung und der sozialen Gerechtigkeit bewusst bleiben und unverwechselbar danach handeln.

**2. Der Auftrag des Dresdner Parteitages,** sozialdemokratische Politik insbesondere an den Interessen der breiten Arbeiterschichten auszurichten, muss sie als Auftrag begreifen, den sie nur gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen umsetzen kann.

**3. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) wird der Partei bei diesem Auftrag helfen,** indem sie die betrieblichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer aufgreift und in die politische Willensbildung einbringt, soziale Beziehungen zu den Arbeitnehmern, Gewerkschaften und sonstigen nahestehenden Organisationen aufrechterhält bzw. neu herstellt und die Partei darin unterstützt, in der arbeitenden Bevölkerung und in der Arbeitswelt durch Vertrauensarbeit verankert zu sein. Dazu erhält sie von der Partei die erforderlichen Mittel.

**4. Mit Blick auf das Bundestagswahlergebnis analysierte** Franz Müntefering auf dem Parteitag: "Wir waren für die Wählerinnen und Wähler kein Feindbild. Aber wir waren auch nicht interessant." Abgesehen von den politischen Ursachen des Wahldebakels ist es auch durch die Pluralisierung des Parteienspektrums für die SPD zweifellos schwieriger geworden, ihre politischen Ziele und Vorstellungen mit ihren bisherigen Veranstaltungs- und Organisationsformen überzeugend zu repräsentieren. Deshalb müssen im beginnenden Reformprozesses **neue Formen** der politischen Ansprache und des gesellschaftlichen Dialogs erprobt und durchgeführt werden.

**5. Mit Blick auf den Arbeitnehmerbereich** bietet es sich an, **in Zusammenarbeit mit der AfA,** einmal im Jahr große, öffentlichkeitswirksame **Arbeitnehmerforen** sowohl auf Bundesebene, wie auch in den Landesverbänden mit Vertretern der Gewerkschaften, betrieblichen Arbeitnehmervertretungen, Sozialorganisationen, der Wirtschaft, der Wissenschaft, kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen usw. durchzuführen. und sie institutionell zu verankern. Als Beispiel sei genannt das Forum "Arbeit und Umwelt" im Frühjahr 1985 in der Dortmunder Westfalenhalle, das gemeinsam vom Parteivorstand und der AfA mit großem Erfolg veranstaltet wurde.

Zu behandelnde Schwerpunkt-Themen könnten alternativ sein: Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik unter den Bedingungen der Globalisierung und der europäischen Entwicklung, Veränderung der Arbeitsgesellschaft (prekäre und atypische Arbeit), Humanisierung der Arbeitswelt, Mitbestimmung, Innovation und Arbeit, Sicherung des Sozialstaates.

**6. Untersuchungen über die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft weisen auf ein deutliches Partizipationsdefizit in den Parteien hin.** Das gesellschaftliche Potential an sozialer Kompetenz liegt demzufolge weitgehend brach. Soll die Arbeits- und Lebenssituation der arbeitenden Bevölkerung verbessert werden, so setzt dies ihre Beteiligung und Mitbestimmung im politischen Prozess voraus.

Es sind daher neue Formen der politischen Beteiligung und Mitbestimmung zu entwickeln, damit Arbeitnehmer, Betriebs- und Personalräte, Gewerkschafter und Vertrauensleute vor allem dort in der politischen Willensbildung mitwirken können, wo sie ihre Erfahrungen und Kompetenz einbringen können: In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, der Mitbestimmung, bei der Humanisierung der Arbeitswelt, bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung und auch in der Umweltpolitik.

### **7. Auf dem Wege zu mehr innerparteilicher Demokratie gibt es gravierende Strukturprobleme.**

Das erste Problem ist die "Erfahrungsverdünnung" in den politischen Parteien. Das Problem ist die Abschirmung der Binnenkommunikation der Parteien von der Gesellschaft. Parteien und Parlamente sind heutzutage einseitig zusammengesetzt und relativ geschlossene Kommunikationszirkel. Dominiert werden sie von Angehörigen einzelner Berufe, während die Mehrheit der Arbeitnehmer, vor allem der gewerblichen Wirtschaft und des privaten Dienstleistungsbereiches, zu einer verschwindenden Minderheit geworden sind. Die Rituale und Prozeduren der Parteien bei der Aufstellung von Kandidaten begünstigen bestimmte Berufe und benachteiligen andere soziale Schichten.

Um in der Arbeitnehmerschaft glaubwürdig zu sein, muss SPD bestrebt sein, nicht nur in der Zusammensetzung ihrer Mitglieder, sondern auch im Hinblick auf ihre Mandatsträger und Parteitagdelegierten eine Partei der Arbeitnehmer zu sein. Das setzt eine Abkehr vom bisherigen Verfahren bei Listenaufstellungen und Delegiertenwahlen durch entsprechende Vorgaben und Änderung der Wahlbestimmungen voraus, um mehr Transparenz und Chancengleichheit erreichen. Die Erfahrungen zeigen, dass Appelle allein zu keinem Erfolg führen.

**8. Die Verwurzelung der Partei in der Gesellschaft** gehörte in der Vergangenheit zu den unbestrittenen Aufgaben und Zielen der Sozialdemokratie (Olof Palme nannte das "Graswurzeldemokratie"). Für die Beziehungen zur Arbeitnehmerschaft bedeutete das, die Partei so nahe wie möglich an den Betrieb und den Arbeitsplatz durch Betriebsgruppen und Vertrauensleute heranzuführen, die betrieblichen Interessen der Arbeitnehmer aufzugreifen und sie in der politischen Willensbildung der Partei zu berücksichtigen. Helmut Schmidt hat in seinem Grußwort zum 50-jährigen Bestehen der Hamburger Betriebsorganisation eindrucksvoll dargelegt, dass der politische Aufstieg der Hamburger SPD nach dem zweiten Weltkrieg ohne die Arbeit der Betriebsorganisation als zweites Standbein, neben der Wohnortorganisation, nicht möglich gewesen wäre. Seitdem haben sich die Bedingungen für die betriebliche Arbeit der Partei grundlegend verändert. Will die Partei aber auf ihre Verankerung in der Arbeitswelt grundsätzlich nicht verzichten, so müssen neue Formen und Möglichkeiten betrieblicher Vertrauensarbeit entwickelt werden, die den heutigen Bedingungen in der Arbeitswelt und Arbeitsgesellschaft entsprechen. Es war ein Versäumnis von großer politischer Tragweite, die betriebliche Vertrauensarbeit in den vergangenen Jahren durch die Partei zu vernachlässigen und durch ihre Politik anderen politischen Parteien in der Arbeitnehmerschaft Raum zu geben.

**9. Eine der Hauptursachen für Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit liegt in der Art und Weise** begründet, wie Politik heute vermittelt wird. Durch die zunehmende Komplexität der Welt, die Herausforderungen durch die wirtschaftliche Globalisierung, die Europäisierung und die Pluralität in der Gesellschaft ist das keine leichte Aufgabe. Die politische Bildungsarbeit kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Ihr stellt sich die Aufgabe, schwierige und komplexe politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Zusammenhänge zu verdeutlichen und zu diskutieren. Die politische Bildungsarbeit für Arbeitnehmer hat in der Vergangenheit entscheidende Beiträge geleistet, Grundlagen und Leistungen sozialdemokratischer Politik gegenüber den Arbeitnehmern zu vermitteln und ihre Überzeugungskraft zu stärken. Die AfA wird einen Vorschlag erarbeiten, wie die politische Bildungsarbeit für Arbeitnehmer wieder gestärkt werden kann.

**10. Auch in den Gewerkschaften hat die Partei stark an Vertrauen verloren.** Durch eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Politik, Unterstützung der Gewerkschaften bei ihrem Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, Sicherung der Tarifautonomie, Kampf um gesetzlichen Mindestlohn, Unterstützung bei der Wahl von Betriebsräten und durch eine solidarische Alterssicherungspolitik kann die SPD verloren gegangenes Vertrauen bei den Gewerkschaften wiedergewinnen. Unabdingbar dabei ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihnen auf den verschiedenen Ebenen der Partei durch Gewerkschaftsräte, deren politischer Einfluss gestärkt werden muss.

Eine Politik, die sich vorrangig an den Interessen der breiten Arbeitnehmerschichten orientiert, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchführt, politische Mitbestimmung praktiziert, die Stärkung der Arbeitnehmerschaft in Parlamenten und Partei und die betriebliche Verankerung fördert, engagiert politische Bildungsarbeit betreibt und eng mit den Gewerkschaften zusammen arbeitet, wird die „Deutungshebel“ in der Gesellschaft erlangen. Dann wird die SPD wieder interessant für die Mehrheit.